

Tätigkeitsbericht des Landesvorstands (Juli 2011 bis November 2013)

Landesvorstand - Mitglieder

Der Landesvorstand wurde am 16. und 17. Juli 2011 gewählt, ein Vierteljahr nach der Landtagswahl. Ihm gehörten als geschäftsführende Mitglieder an: Christoph Cornides, Sabine Rösch-Dammenmiller, Bernd Riexinger, Heidi Scharf, Sybille Stamm und Bernhard Strasdeit.

Die weiteren Vorstandsmitglieder waren: Marta Aparicio, Antje Claaßen, Dorothee Diehm, Monika Knoche, Susanne Kempf, Utz Mörbe, Gregor Mohlbeg, Reinhard Neudorfer, Dirk Spöri, Edgar Wunder, Ali Yalcin, Sabine Zürn. Nach dem Ausscheiden von Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Dammenmiller und Antje Claasen wählte der Landesparteitag im Januar 2013 nach: Marta Aparicio und Dirk Spöri in den geschäftsführenden Landesvorstand sowie Sahra Mirow und Edmond Jäger in den Landesvorstand.

Landesvorstand – Organisation der laufenden Arbeit

Der Landesvorstand traf sich in der Regel einmal monatlich, tagte mitgliederoffen, legte Aufgaben und Verantwortlichkeiten fest, organisierte die Öffentlichkeitsarbeit, informierte in Rundschreiben und im Landesinfo über seine Arbeit. Der Landesvorstand berief im Berichtszeitraum ein und organisierte über die Landesgeschäftsstelle: drei Tagungen des Landesparteitages, die Vertreterversammlung zur Wahl der Landesliste/Bundestag, Beratungen des Landesausschusses sowie regionale Mitgliederversammlungen in Vorbereitung der Bundestagswahl und der Kommunal/Europawahl. Der Landesvorstand fasste Beschlüsse über die Haushalspläne des Landesverbandes, über Wahlkampfbudgets, Projektanträge und zur Mittelvergabe aus dem Kreisfinanzausgleich und über Sonderzuschüsse wie z.B. für die OB-Wahlkämpfe in Göppingen und Karlsruhe. Er behandelte die Berichterstattung zur Mitglieder- und Finanzentwicklung und fasste Beschlüsse zur Organisationsentwicklung. Der Landesvorstand war vertreten bei bundesweiten Treffen des Bundeswahlbüros, des Bundesfinanzrates, der Landesgeschäftsführer und der Landesvorsitzenden. Der Landesvorstand bzw. die Buchhaltung sicherten die Rechnungslegung und Finanzberichterstattung für den Haushalt des Landesverbandes und für alle Kreisverbände. Die Landesgeschäftsstelle organisierte u.a. die Mitgliederverwaltung und die Einzelbeantwortung von Anfragen aus den Kreisverbänden und der interessierten Öffentlichkeit. Zur Unterstützung der regionalen Vernetzung und als Schritt, um in den vier Regionen/Regierungsbezirken (Nordbaden, Südbaden, Nordwürttemberg, Südwürttemberg) den Organisationsaufbau weiter zu entwickeln, richtete der Landesvorstand Verantwortlichkeiten im geschäftsführenden Landesvorstand für die Koordination der Arbeit in den vier Regionen ein. Die Entwicklung der Regionalisierung der Vorstandstätigkeit liegt aber noch in den Anfängen und muss vom nächsten Landesvorstand intensiv weiterentwickelt werden.

Öffentlichkeitsarbeit

Hauptmittel der landesweiten Öffentlichkeitsarbeit waren die ständige Internetpräsenz mit der Homepage des Landesverbandes und der technischen Sicherstellung der Homepages der Kreisverbände, zudem die Zeitschrift KURSWECHSEL mit vier Ausgaben, Kampagnen-Plakate und Flyer des LV, Pressemitteilungen und Pressegespräche sowie die viermal jährlich erscheinende Mitgliederzeitung *Landesinfo*. Die Verbreitung der Zeitschrift KLAR (Herausgeber: Bundestagsfraktion) wurde im Landesverband bzw. in vielen Kreisverbänden regelmäßig unterstützt.

Der LV verfügt über gut besuchte Präsenzen auf Facebook (2500 Fans) und Twitter (2000 Follower). Auch die Plattformen flickr und YouTube werden mit Inhalten des Landesverbandes bedient. Der Aufbau von Internetpräsenzen auf Kreisebene wurde durch den Landesverband begleitet und mit Schulungen unterstützt. Im Bundestagswahlkampf gab es erstmals nach der Landtagswahl wieder eine durchgängige Präsenz in Landesmedien.

Kampagnen, landesweite Aktionsangebote und Arbeit in sozialen Bewegungen

Der Landesverband entschied sich 2011 für zwei landesweite Kampagnen: für eine Kita-Kampagne und eine Kampagne gegen Eurokrise und prekäre Beschäftigung. Zu beiden Kampagnen gab es landesweite Auftaktveranstaltungen mit Gästen aus sozialen Bewegungen und Gewerkschaften. Es wurden Infomaterialien, Flyer und Plakate erstellt.

Die Kita-Kampagne setzte den Schwerpunkt auf Verbesserung der Personalschlüssel, Gebührenfreiheit und Durchsetzung des Rechtsanspruchs für U3. Das Angebot wurde am stärksten von kommunalen Mandatsträger/innen aufgegriffen. Einige Kreisverbände sprachen direkt Einrichtungen an, nahmen Kontakt mit Eltern und Erzieher/innen auf, oft mit guten Rückmeldungen. Die Beteiligung und der landesweite Rücklauf der Postkarten waren dennoch zu gering, um diese Kampagne als erfolgreich zu bilanzieren. Über die Aufgabenstellung gab es zwar (scheinbar) Übereinstimmung im Landesverband, aber wir taten uns schwer, weiterführende Impulse für diese Kampagne zu setzen.

Gegen Eurokrise und prekäre Beschäftigung. Im Gegensatz zur KitaKampagne stieß die zweite Kampagne in allen Kreisverbänden auf Resonanz. Die Materialien wurden breit angenommen. Es gab Beteiligung an den Aktionstagen und viele örtliche Verknüpfungen, zu zur Initiative „UmFairteilen“, zu Blockupy und zu gewerkschaftlichen Tarifauseinandersetzungen. Die Advents- und Urlaubsaktionsangebote des LV reihten sich nahtlos in die Kampagne ein und stärkten das öffentliche Auftreten der Partei. Die Kampagne lief inhaltlich direkt in den Bundestagswahlkampf über. Stichworte: UmFairteilen, Millionärsteuer, gute Löhne, gute Rente. Der Landesverband war präsent in zahlreichen außerparlamentarischen Initiativen, so in der **S-21-Bewegung, im Bündnis UmFairteilen und bei Blockpy**. Wir unterstützten landesweite Aktionen der **Friedensbewegung (Ostermärsche)**, der **Antifabewegung** und der **Anti-AKW-Bewegung**.

Veranstaltungstätigkeit im Bündnisbereich

Zum Thema Frieden, Gesundheitspolitik, Armut richtete der LV Veranstaltungen, Sozialkonferenzen und Fachtagungen gemeinsam mit Landesarbeitsgemeinschaften und Gästen aus dem Bündnisbereich aus. Der LV unterstützte Veranstaltungen der Linksjugend [´solid] und bewarb die Kongresse der „Informationsstelle Militarisierung“ sowie die Beteiligung an CSDs in mehreren Städten. Der LV bewarb zahlreiche Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Kommunalpolitischen Forums (Thema Sozialticket) und der Bundestagsfraktion; darunter Sozialkonferenzen in Freiburg und Tübingen, Betriebsrätekonferenzen sowie die gutbesuchte Tagung „Erneuerung durch Streik“, die von der RLS und dem ver.di-Bezirk Stuttgart im März 2012 durchgeführt wurde.

Europapolitik und Veranstaltungen zur Eurokrise

Im April 2012 verabschiedete der Landesparteitag auf Antrag des Landesvorstandes eine Resolution mit dem Titel „Lohndumping bekämpfen – Internationale Solidarität statt europaweites Spardiktat“. 2012 und Anfang 2013 gab es in etlichen Kreisverbänden Veranstaltungen zu den Themen Eurokrise, Bankenrettung, Sozialabbau, Entwicklung in Griechenland. Am 1. November 2012 veranstaltete der Landesvorstand eine landesweit beworbene und mit rund 200 Teilnehmenden gutbesuchte Tagung in Stuttgart mit Thodoros Paraskevopoulos (Syriza), Heiner Flassbeck (ehem. UNCTAD), Uwe Meinhardt (IG Metall), und Michael Schlecht (MdB) als Referenten. Der vom Landesverband unterstützte Kongress des Studierendenverbandes Linke/SDS am darauf folgenden Wochenende in Freiburg behandelte die gleichen Themen unter dem Motto: „Krise, Ökonomie, Kritik – Wege aus dem Kapitalismus“. Im Berichtszeitraum gab es eine Intensivierung der Kontakte zu den beiden französischen Schwesterparteien, gegenseitige Besuche und regionale Treffen. Im Europawahlkampf sollen diese ausgebaut werden.

Ende der geheimdienstlichen Beobachtung?

Der Landesvorstand startete mehrere Initiativen gegen die Bespitzelung der LINKEN und ihre Erwähnung im Landes-Verfassungsschutzbericht. Ein Brief an Innenminister Gall (SPD) wurde nicht offiziell beantwortet, führte aber zu einem Gesprächskontakt zu seinem Stellvertreter. Seit 2013 wird die Landespartei offiziell nicht mehr mit geheimdienstlichen Mitteln beobachtet. Dies ist nur ein kleiner Fortschritt, da mehrere Zusammenschlüsse der Landespartei sowie der Jugendverband weiter unter Beobachtung des Landesamtes stehen. Das Thema wurde mehrmals kritisch von den Medien aufgegriffen. Hier gilt es am Ball zu bleiben. Im Bundestagswahlkampf und danach organisierte der Landesvorstand mit Kreisverbänden mehrere gut besuchte Veranstaltungen zum Thema NSU/BND und zur Rolle der Geheimdienste mit Bodo Ramelow, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Thüringer Landtag.

„Landespolitisches Büro“ und Kommunalpolitik

Als ein Ergebnis der Auswertung Landtagswahlen 2011 richtete der Landesvorstand ein „landespolitisches Büro“ als Arbeits- und Beratungsgremium ein, das landespolitische Themen und landesweite Aspekte lokaler und regionaler Politik mit wachsender sachlicher Fundierung bearbeiten soll. Die Einrichtung war auch ein Ergebnis der Erfahrung, dass sich die Partei größere Fachkompetenz in zentralen Fragen der Politik im Land und in den Kommunen erarbeiten muss. Deshalb wurde ab Mai 2013 dazu eine Halbtagsstelle zur Koordination der Arbeit eingerichtet. Darüber soll auch eine Verstärkung der fachlichen Arbeit in Schwerpunkten unserer kommunalen Politik ermöglicht werden. Der Volksentscheid zu S-21, die Themen Bildung und Sozialticket wurden dort behandelt und im Landesinfo mehrmals vorgestellt. Weitere Ergebnisse sind: Veröffentlichungen im *Kurswechsel*, die Herausgabe einer Zwischenbilanz der Landesregierung als Unterstützung im Bundestagswahlkampf („Was SPD und Grüne versprechen und in Baden-Württemberg nicht halten“), die wahlrechtliche und kommunalpolitische Direktberatung von Kreisverbänden im Vorfeld der Kommunalwahlen im Mai 2014. Aktuelle Aufgabe ist es, die kommunalpolitischen Eckpunkte aus dem Jahr 2009 zu überarbeiten und für die Beratung im Landesverband aufzubereiten. Landesweite Themen im Schnittbereich zur Kommunalpolitik sollen bevorzugt beraten bzw. mit MandatsträgerInnen, LAGs, kommunalpolitischem Forum und Sachkundigen in der Bearbeitung koordiniert werden. Starken Bedarf gibt es bei den Themen: Sozialticket, Energiepolitik, Wohnungspolitik, Bildung. Regelmäßig bei den Beratungen dabei waren und sind: Mitglieder aus dem Landesvorstand sowie Unterstützende aus den Regional- und Wahlkreisbüros.

Bundestagswahlkampf – Landeswahlbüro - MdBs

Seit Frühjahr 2013 bis zur Bundestagswahl agierte das „landespolitische Büro“ als „Landeswahlbüro“. Eine weitere, gesonderte Arbeitsstruktur hätte zur Dopplung von Arbeit geführt. Eine Konzentration der Kräfte in Vorbereitung und Durchführung des Bundestagswahlkampfes war notwendig. Im Landeswahlbüro wurden die Beschlüsse des Landesvorstands bezüglich Einsatz der Landesmittel im Bundestagswahlkampf umgesetzt. Die landesweite Erstellung der Personenflyer und Personenplakate für alle 38 WahlkreiskandidatInnen wurde von den Mitarbeitenden organisiert, ebenso die Logistik für Versand und Lagerung aller Wahlkampfmaterialien. Zudem wurden die regionalen Schwerpunktveranstaltungen im Wahlkampf über dieses Arbeitsgremium koordiniert. Der Landesvorstand und das Landeswahlbüro sorgten in mehreren Wahlkreisen für die ordentliche Einberufung der Wahlkreisversammlungen und in einigen Fällen auch für die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten. In einigen Wahlkreisen, in denen die Partei schwach vertreten ist, war diese Hilfestellung notwendig. Der Bundestagswahlkampf wurde im Landesvorstand und gemeinsam mit den Direktkandidatinnen auch im Landesausschuss bilanziert, zudem publizistisch im Landesinfo. Im Vorfeld der Aufstellung der Landesliste hatte der Landesvorstand vier regionale Konferenzen organisiert, bei denen sich die Kandidatinnen vorstellen konnten und eine Personaldebatte über die Zusammensetzung der Landesliste ermöglicht wurde. Die politischen Kriterien des Landesvorstands für Kandidaturen und die Vereinbarungen mit den ListenkandidatInnen wurden dort vorgestellt. Der geschäftsführende Landesvorstand drängt in verschiedenen Beratungen darauf, diese Vereinbarungen jetzt nach der Bundestagswahl optimal umzusetzen.

Zielvereinbarung Organisationsentwicklung

Für 2012/2013 hat der Landesvorstand eine Aufgabenvereinbarung mit dem Parteivorstand beschlossen und unterzeichnet. Diese Vereinbarung wurde auch im Landesausschuss vorgestellt und beraten. Als Einzelmaßnahmen wurden festgelegt: Sicherstellung der Organisationsstrukturen, Stärkung der finanziellen Basis, weitere Verbesserung der Rechnungslegung auch in den Kreisverbänden, Mitgliederverwaltung, Unterstützung von Mitgliederbetreuung und Mitgliederwerbung, Stelleneinsatz, Kampagnenfähigkeit, Vorbereitung Bundestagswahl – und Kommunalwahlkampf, innerparteiliche Bildungsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, landespolitische und kommunalpolitische Orientierung, die Stärkung von Regional- und Kreisverbandsstrukturen. Die Vereinbarung hat sich durchaus in der Praxis bewährt und an ihren Aufgabenstellungen wird weiter gearbeitet.

Parteientwicklung – Mitgliederwerbung – demokratische Streitkultur

Die Mitgliederentwicklung stagnierte nach der Landtagswahl 2011, nahm dann ab bis

2012 ab und verbesserte sich im Jahr 2013. Seit Anfang 2013 gibt es wieder mehr Eintritte als Austritte. Der Landesvorstand beschäftigte sich fortlaufend mit der aktuellen Mitgliederentwicklung, mit Problemen der Beitragszahlung und der Werbung von neuen Mitgliedern. Um beitrags säumige Mitglieder zu halten bzw. zurückzugewinnen gab es Telefonaktionen der Landesgeschäftsstelle und der Regionalbüros. Der Landesvorstand organisierte 2012 vier regionale Seminare mit dem Titel „Mitglieder halten – Mitglieder gewinnen“. Um die Arbeit der Kreisvorstände zu unterstützen, hat der Landesvorstand für 2014 ein Bildungsangebot mit mehreren Modulen organisiert und die Finanzierung aus dem Landeshaushalt beschlossen. Der Landesvorstand hat in über zehn Kreisverbänden streitschlichtend agiert und auf solidarische Lösungen hingewirkt, insbesondere in solchen Fällen, bei denen persönliche Konflikte die politische Arbeit beeinträchtigten.

In der Region Rhein-Neckar bestätigte der Landesvorstand auf Vorschlag des Landesvorstandes eine Umgliederung des bisherigen Kreisverbandes Rhein/Neckar in drei Kreisverbände. Dies erfolgte, indem die Mitglieder der Gebiete Heidelberg/Badische Bergstraße und Kraichgau-Neckar-Odenwald in diesem Gebiet vorgeschlagen haben, eigene Kreisverbände zu bilden. Der verbleibende Kreisverband Rhein-Haardt ist Rechtsnachfolger des Kreisverbandes Rhein-Neckar. Die Umgliederung erfolgte nach Anträgen aus dem bisherigen Kreisverband und nach ausführlicher Beratung aller Argumente auf eigens dafür einberufenen Mitgliederversammlungen. Sie wurde nach dem dafür in der Landessatzung vorgesehenen Verfahren durchgeführt. Ein Einspruch von zwei Mitgliedern bei der Landesschiedskommission wurde zurückgewiesen, bei der zweiten Instanz, der Bundesschiedskommission, ebenfalls.

Politische Bildung

Im Jahr 2012 und 2013 gab es auf Beschluss des Landesvorstandes und mit finanzieller Unterstützung des Landesverbandes mehrere Angebote und Seminare zu linker Medienarbeit. Zum Thema „aktive Mitgliedergewinnung“ gab es 2012 vier regionale Seminarangebote für Verantwortliche aus den Kreisverbänden. Im Frühjahr 2013 organisierte der Landesvorstand mit Unterstützung der Bundespartei jeweils Seminare für die Wahlkampfverantwortlichen aus den Wahlkreisen sowie für die DirektkandidatInnen.

Ab Ende 2013 bietet der Landesverband ein Seminar Politikmanagement mit mehreren Modulen für Aktive in den Kreisvorständen an. Darüber hinaus müssen wir mehr dezentrale Angebote politischer Bildung für Mitglieder, insbesondere neue Mitglieder und Interessierte, schaffen.

Hinweise für die weitere Arbeit

Der Rückblick auf die Vorstandsarbeit von Juli 2011 bis November 2013 führt uns zu einigen Hinweisen für die Arbeit des nächsten Landesvorstandes:

- Ein Landesvorstand ist einerseits eine Dienstleistungseinrichtung zur Unterstützung und Entwicklung der Politik der Mitglieder und der Kreisverbände.
- Er sollte andererseits, zwar nicht zu viele, dafür aber sachlich gut fundierte Initiativen für nachhaltige Kampagnen entwickeln, koordinieren und über eine längere Strecke umsetzen.
- Das Ergebnis der Landtagswahlen und der Bundestagswahlen hat gezeigt, dass der relativ feste Kern der Wählerschaft der LINKEN in Baden-Württemberg nach wie vor niedrig ist. Ihn zu erhöhen erfordert langen Atem und eine solide Politik der LINKEN, eine Politik mit wachsender Kompetenz, die den Menschen nützt. Dabei muss sich auch der Nutzen sozialistischer Kritik und demokratischer und sozialistischer Ziele in der Entwicklung praktischer, erfahrbarer, lebendiger, verändernder Politik beweisen. Das wichtigste Feld dazu ist die Politik in den Kommunen und Regionen.
- Wir haben erstmals wieder seit 2009 im Jahre 2013 die Zahl der Mitglieder um rd. 170 Mitglieder erhöhen können. Das aber ist Ergebnis der Tatsache, dass mehr als doppelt so viele Mitglieder eingetreten sind – also über 300 – aber deutlich über 100 Mitglieder gleichzeitig ausgetreten sind. Wir müssen uns fragen, was tun wir, damit 300 neue Mitglieder sich in der Partei wohlfühlen und das Parteileben als Bereicherung und Unterstützung ihrer politischen Ansprüche erfahren und was haben wir dagegen getan oder auch nicht getan, dass über 100 Mitglieder austreten?

Mitglieder werben und regionalen Parteaufbau stärken

Die beiden Aspekte des Parteaufbaus, die sich ergänzen und wechselseitig beeinflussen, sind also: die weitere und stetig Gewinnung neuer Mitglieder, die wieder neue Mitglieder gewinnen, weil eben die Partei DIE LINKE und ihre Aktivitäten ein Gewinn an politischer und persönlicher Unterstützung und Entwicklung für sie selbst sind und: der organisatorische und strukturelle Aufbau der Partei in den vier Regionen. Der kann nur durch Weiterentwicklung der regionalen Organisation und Zusammenarbeit Fortschritte machen. Denn, das müssen wir leider auch konstatieren, in den Regionen haben einzelne Kreisverbände inzwischen eine kritische Größe, die kaum noch eigene Initiativen, Bündnispolitik und Außenwirkung erlaubt. Das kann nur durch vorausschauende regionale Organisation der politischen Arbeit ausgeglichen und zu einem schrittweisen aber stetigen Wachstum geführt werden. Die Rahmenbedingungen dafür sind im Jahr 2013 wieder günstiger geworden. Mit den Kommunalwahlen im Mai 2014 wollen wir einen Schritt nach vorne machen.